

Die Europapolitik
der SPD:

**Populismus vor
Berechenbarkeit**

Auf dem SPD-Parteitag in Hannover bekannte sich Lafontaine zur pünktlichen Einführung des EURO. Auch die Partei stimmte dem zu, doch die Frage ist, wie lange hält dieser Beschluß? Lafontaine hat vor gar nicht langer Zeit auch noch deutlich andere Positionen bezogen, und Gerhard Schröder schürt den Zweifel am EURO, wann immer er kann.

Die ideologisch gefärbten Einflüsse in der SPD machen sich in der Europapolitik immer wieder bemerkbar. In wesentlichen politischen Fragen stehen die deutschen Sozialdemokraten sogar innerhalb der Familie der europäischen Sozialisten isoliert da.

Dem vereinten Deutschland kommt als dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärkstem Mitgliedstaat eine entscheidende Rolle in der Europäischen Union zu. Das heißt aber gleichzeitig: Nur eine für unsere Nachbarn berechenbare und verlässliche Bundesregierung, die Entscheidungen im Ministerrat nicht von parteipolitischen Interessen abhängig macht, kann das Vertrauen und Wohlwollen unserer EU-Partner erreichen und wirksam für deutsche Interessen nutzen.

Die SPD-interne Diskussion über den EURO oder das Eintreten der SPD für gescheiterte wirtschaftspolitische Konzepte der siebziger Jahre auf europäischer Ebene zeigen: Wahltaktik und ideologische Einstellungen sind in der Europapolitik für die SPD häufig wichtiger als eine verlässliche Politik. Die SPD vernachlässigt so die mittel- und langfristigen Chancen, die die europäische Einigung für unser Land eröffnet. Nicht umsonst setzen selbst sozialdemokratische Führer in Europa auf Bundeskanzler Helmut Kohl und die CDU.

Die europapolitischen Vorstellungen der SPD: Feindbilder und Klischees

In der Europapolitik polemisiert die SPD gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Um von der eigenen Ideologisierung in der europäischen Wirtschaftspolitik abzulenken, bedient sich die SPD des Feindbilds der „Neoliberalen“. In dem europapolitischen Beschluß des SPD-Bundesparteitages in Hannover vom 2. bis 5. Dezember 1997 heißt es:

„Immer mehr Menschen spüren am eigenen Leib, daß die Politik der Neoliberalen kein humaner und zivilisierter Weg für die Mehrheit der Menschen auf der Welt sein kann. Wenn man wie die neoliberalen Ideologen den Primat demokratischer Politik über die ökonomischen Interessen aufgibt und glaubt, an deren Stelle den sozial und ökologisch blinden Steuerungsmechanismus Markt setzen zu können, dann führt das... auch zur Gefährdung und Auflösung der Demokratie.“

Solche Sätze offenbaren das tiefsitzende Mißtrauen der Sozialdemokraten gegenüber der Marktwirtschaft und den nach wie vor ungebrochenen Glauben an die Planbarkeit des Wirtschaftsgeschehens.

Die SPD kritisiert in demselben Antrag **„ein Ungleichgewicht zwischen der Vollendung des Binnenmarktes, der Währungsunion und der bisher nur unzureichend entwickelten Politischen und Sozialen Union“**.

Diese Aussage verkennt, daß die Wirtschafts- und Währungsunion zum Katalysator für weitere Integrationsschritte wird. So wurden alleine 1997, zwei Jahre vor Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion, durch den Abschluß des Amsterdamer Vertrags beachtliche Integrationsfortschritte in der Außen- und Sicherheitspolitik erreicht, weite Teile der Innen- und Rechtspolitik sowie das Sozialkapitel vergemeinschaftet und ein eigenständiges Beschäftigungskapitel geschaffen. Die Europäische Union verabschiedete darüber hinaus einen gemeinsamen Steuerkodex, gemeinsame Beschäftigungsleitlinien und einen informellen EURO-Rat für die engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik der EURO-Teilnehmerstaaten.

Die SPD steht für ein zentralistisches, bürokratisches Europa

Auch wenn sich die SPD deklaratorisch zum Subsidiaritätsprinzip bekennt, würden viele der von ihr vorgelegten Forderungen Europa zentralistischer und bürokratischer machen.

Die SPD fordert in dem europapolitischen Beschluß ihres Bundesparteitages in Hannover „**eine grenzüberschreitende Koalitionsfreiheit**“. Während in Deutschland die Tarifparteien Öffnungsklauseln für den Flächentarifvertrag diskutieren und z.T. schon vereinbart haben, muß sich die SPD fragen lassen, ob sie europaweite Tarifverhandlungen als Folge einer solchen grenzüberschreitenden Koalitionsfreiheit anstrebt. Was anderes soll gemeint sein, denn die Rolle europäischer Gewerkschafts- und Unternehmensverbände ist bereits im Maastrichter Vertrag verankert. Sie können unter gewissen Umständen europaweit bindende Vereinbarungen treffen.

Ebenfalls im europapolitischen Beschluß des Bundesparteitages in Hannover fordert die SPD einen „**sozialen Stabilitätspakt**“ (Seite 17). Dazu soll auch gehören, daß „**die europäischen Mitgliedstaaten Bandbreiten bei den Sozialleistungsquoten festlegen, die sich nach dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand der jeweiligen Länder richten, wobei die Einhaltung sozialer Standards auf nationaler Ebene wirksam überprüft wird**“.

Eine verbindlich vorgegebene Sozialleistungsquote gibt es in keinem einzigen EU-Mitgliedstaat. Es bleibt der jeweils von der Bevölkerung legitimierten nationalen Regierung überlassen, wie die sozialen Leistungen eines Landes ausgestattet werden. Schließlich sieht das Subsidiaritätsprinzip europäische Regelungen nur dann vor, wenn sie notwendig sind und zu besseren Lösungen führen. Diese zentralistisch-dirigistischen Forderung steht im Widerspruch und in krassem Gegensatz zu den marktwirtschaftlichen Konzeptionen, wie sie die CDU auf europäischer Ebene vertritt.

Der Maastrichter Vertrag – Spielball der SPD-Parteitaktik

Drei Monate nach Abschluß der Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag überraschte Oskar Lafontaine die deutsche Öffentlichkeit mit seiner Ankündigung, er wolle im Bundesrat gegen den Maastrichter Vertrag stimmen. Er begründete seine Haltung in einem Interview mit der Berliner Zeitung (6. März 1992):

„Die deutsch-deutsche Währungsunion hat zu katastrophalen Ergebnissen geführt, weil sie wirtschafts- und finanzpolitisch nicht ausreichend gesichert war. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen. Eine Wirtschafts- und Währungsunion, in der eine einheitliche Zentralbank die Geldpolitik steuert, während in den einzelnen Nationalstaaten eine unterschiedliche Tarif-, Fiskal- und Sozialpolitik gemacht wird, droht zu einer Inflationsgemeinschaft und zu einem Faß ohne Boden zu werden.“

Wie diese Äußerung zeigt, hätte ein Bundeskanzler Lafontaine 1990 die deutsch-deutsche Währungsunion, den innenpolitisch wichtigsten Schritt zur deutschen Einheit, ebenso verhindert wie 1992 den Maastrichter Vertrag, dem seit den Römischen Verträgen 1957 wichtigsten Meilenstein auf dem Weg zur Politischen Union Europas. So wie die deutsch-deutsche Währungsunion nicht zu einer Inflations-, sondern eine Stabilitätsgemeinschaft wurde, wird auch die EURO-Währungszone eine Stabilitätsgemeinschaft. Schon heute haben wir in der EU historische Tiefststände bei Inflation, Zinsen und Neuverschuldung. Mit Lafontaine wäre dies verhindert worden.

Der Vergleich des jetzigen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine zwischen der deutsch-deutschen Währungsunion und der europäischen Währungsunion bezeichnete der damalige stellvertretende Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion und spätere Präsident des Europäischen Parlament, Klaus Hänsch, in einer Presseerklärung am 6. März 1992 als

„grotesk wie krachlederne Aschermittwochrhetorik... Den wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungsstand von EG-Staaten... mit dem Zustand von Technologie und Wirtschaft in der Ex-DDR zu vergleichen, ist geradezu absurd. Keines dieser Länder steht vor einem ähnlichen Bankrott wie die Wirtschaft der DDR... Alle EG-Staaten sind seit mehr als 40 Jahren an das marktwirtschaftliche System gewöhnt. Die deutsch-deutsche Währungsunion mußte innerhalb von Wochen durchgezogen werden. Die Europäische Währungsunion hat einen Vorlauf von insgesamt neun Jahren... Die Unterschiede zwischen der deutsch-deutschen Währungsunion und der Europäischen Währungsunion sind so offensichtlich und im übrigen Europa so bekannt, daß

unsere EG-Partner hinter einer Ablehnung des Maastricht-Vertrages ganz andere Motive vermuten werden“.

Schon wenige Wochen nach dem Mannheimer Parteitag plädierte der neue SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine zum Entsetzen der SPD-Europapolitiker für eine Verschiebung der Wirtschafts- und Währungsunion:

„Ehe es dazu kommt, daß die Währungsunion zum Sprengstoff für die Europäische Einigung wird, wäre es besser, die Zeitpläne des Maastrichter Vertrages zu korrigieren.“ (Presseservice der SPD, 12. 12. 1995)

Nur einen Tag später stellte Altbundeskanzler Helmut Schmidt hierzu unmißverständlich klar:

„Wir haben nur einen einzigen Schuß zur Schaffung der Einheitswährung, und der darf nicht fehlgehen. . . . Die Sache wird später nie wieder erfolgreich in Gang gesetzt werden können.“ (Hannoversche Allgemeine, 13. 12. 1995)

Bis auf den heutigen Tag gehört zu den politischen Instrumenten Lafontaines⁶ das Drohen mit Blockaden. So berichtete „Die Welt“ in ihrer Ausgabe vom 27. Mai 1997, daß Lafontaine auf einem Europapolitischen Kongreß seiner Partei in Bonn am Vortage ausführte,

„die SPD werde einem einheitlichen Währungssystem der EU jedoch nur zustimmen, wenn der ruinöse Steuersenkungswettkampf unter den Mitgliedstaaten beendet werde. Den Maastricht-II-Vertrag, der vom Bundestag mit Zweidrittelmehrheit gebilligt werden muß, will die SPD nach Lafontaines Worte im Parlament ablehnen, wenn er keinen europäischen Beschäftigungspakt festschreibe“.

Wie unsinnig Lafontaines Forderung vor dem Hintergrund einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, verdeutlichte der ehemalige Finanzminister der SPD,

Hans Apel: **„...ein Beschäftigungsprogramm kann es sicherlich auf dem Papier geben... , aber ich sehe überhaupt nicht, wie ein solches Programm finanziert werden kann.“**

Frage: „Das heißt, Sie würden die Beschäftigungspolitik dann doch eher als nationale Aufgabe ansehen?“

Hans Apel: „**Das ist ja auch so...**“ (Deutschlandfunk, 5. 6. 1997)

Die Beschäftigung mit dem EURO hatte für die SPD einen ganz anderen Grund. Lange ging sie davon aus, ihn erfolgreich zu Wahlkampfzwecken mißbrauchen zu können. Die Süddeutsche Zeitung berichtete, Schröder habe

„**sich Ende 1995 noch gefreut: ‚Endlich hat die SPD ein nationales linkes Wahlkampfthema.‘ Inzwischen ist Gerhard Schröder vorsichtiger geworden. Auf die Frage von Journalisten, ob er die Verschiebung jetzt fordere, entgegnete er: ‚Ob ein Provinzpolitiker etwas fordert oder nicht, diese Frage stellt sich nicht‘**“ (Süddeutsche Zeitung, 11.9.1997)

Abgesehen davon, daß diese Haltung zum EURO schon mehr als fragwürdig ist, wie kommt Schröder eigentlich dazu, das Land Niedersachsen als Provinz zu diffamieren?

Eine Vielzahl ernstzunehmender Stimmen warnte die SPD davor, sich in Wahlkämpfen mit Anti-EURO-Kampagnen hervorzutun. So hatte die EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies, Mitglied der SPD, in der Stuttgarter Zeitung (2. November 1995) gewarnt: „**Europa darf für keine Partei als Wahlkampfthema mißbraucht werden.**“ Die SPD-Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis, sagte mit Blick auf die Diskussion ihrer eigenen Partei gegenüber dem Bonner General-Anzeiger (1. November 1995):

„**Ich warne vor Stammtischdebatten, an deren Ende wir vor einem nationalen und internationalen Scherbenhaufen stehen.**“

Die Pariser Zeitung Libération fragte am 4. November 1995: „**Welche nationale Mücke hat die SPD gestochen?**“ und die Wiener Zeitung „Der Standard“ stellte am 4. November 1995 lapidar fest: „**Mit diesem Hin und Her wird die SPD zum Risikofaktor für das Zusammenwachsen Europas.**“

Die dänische Zeitung Politiken hatte schon am 4. November 1993 analysiert:

„**Wenn die SPD-Führer nunmehr die Währungsunion auf die Tagesordnung setzen, hat das alles andere als sachliche Gründe. Gerhard**

Schröder gibt an, welche: Die SPD hat endlich ein ‚nationales Thema‘ gefunden. Damit meint er ein Thema, das die Partei aus ihrer schwersten Krise seit 1945 herausführen kann. Die Führer der SPD können sich aber verrechnet haben. Der Opportunismus ist so grob, daß es Rückschläge geben kann. Eine SPD, die die Politik renationalisieren will, ist jedenfalls eben so schwer vorstellbar wie glaubwürdig.“

Trotz der Warnungen konnte die SPD der Versuchung nicht widerstehen: In Baden-Württemberg wurde erst nach heftigen Protesten der Europapolitiker ein Plakat der SPD für den Landtagswahlkampf zurückgezogen, auf dem gefordert wurde: **„1999 kein Euro“**. (Stuttgarter Zeitung, 5. 2. 1996)

In welch trüben Gewässern die SPD mit solchen Parolen fischt, macht eine Bemerkung des Bundesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der rechtsradikalen „Republikaner“ in Baden-Württemberg, Rolf Schlierer, deutlich: **„Ich hatte schon befürchtet, Maurer und Spöri wollten uns europapolitisch rechts überholen.“** (Stuttgarter Zeitung, 5. 2. 1996) Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag, Günter Verheugen, warnt seine Partei denn auch besorgt, aber vergeblich vor einem **„plumpen D-Mark-Nationalismus“** (Bonner General-Anzeiger, 9. 2. 1996)

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 1996 und in Hamburg im September 1997 erzielte die SPD ihr jeweils schlechtestes Nachkriegsergebnis. Der Spitzenkandidat der SPD Baden-Württemberg, Spöri, der mit der Forderung nach einer Verschiebung des EURO in den Wahlkampf zog, und der Hamburger SPD-Spitzenkandidat Voscherau, der ein Referendum über den EURO forderte, erlitten ein Wahldebakel. Voscherau, der es eigentlich hätte wissen sollen, mußte sich von Klaus Hänsch, SPD-Europaparlamentarier und früherer Präsident des Europäischen Parlaments, sagen lassen: **„Der Ruf nach einer Volksabstimmung über den EURO ist nichts weiter als Dummenfang.“** Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe ergänzte:

„Voscheraus Vorschlag nutzt Europa und den Menschen überhaupt nichts, heizt nur Stimmungen an. Volksabstimmungen sind im Grundgesetz nicht vorgesehen.“ (Bild, 2. 9. 1997)

Genutzt haben diese Ermahnungen und Denkkzettel nicht viel. Gerhard Schröder gehört zu denjenigen Politikern, die mit Blick auf die Europäische Währungsunion immer wieder den Zweifel nähren wollen. So behauptet er:

„Ich fürchte, daß Waigel die Steuern erhöhen will, um die EURO-Kriterien zu erreichen und zu schaffen.“ Weiterhin sagt er: **„Der EURO wird kurz- und mittelfristig nicht mehr Arbeitsplätze bringen, er wird eher das Gegenteil hervorrufen.“** (ntv, 26. 4. 1997)

Schröder schürt Ressentiments, wenn er die Gefahr von Steuererhöhungen durch den EURO an die Wand malt und mit der Angst vor Arbeitsplatzverlusten gegen den EURO Stimmung macht.

Die von Schröder immer wieder angezettelte Verschiebediskussion stößt auf massives Unverständnis. Ursula Konitzer, die stellvertretende DAG-Vorsitzende, kommentierte die Verschiebungspläne Schröders:

„Die Verschiebungsdebatte sei für Deutschland politisch beschämend, ökonomisch verfehlt und lähmend sowie beschäftigungspolitisch kontraproduktiv.“ (ddp/ADN, 5. 6. 1997)

Der frühere Präsident des Europäischen Parlaments und Europaabgeordnete der SPD, Klaus Hänsch, attackierte Schröder:

„Wer die Einführung des EURO verschieben will, der will ihn in Wahrheit verabschieden, und es wäre besser, es so auch zu sagen.“
(DeutschlandRadio Berlin, 7. 1. 1997)

Doch dann könnte er sich nicht mehr hinter solchen doppeldeutigen Formulierungen verstecken wie:

„Mich hat noch nie jemand bei der Ansicht erwischt, ich sei prinzipiell gegen die neue Währung.“ (Die Zeit, 26. 9. 1997)

Man kann es Gerhard Schröder – von Helmut Schmidt wegen seines hartnäckigen Widerstands gegen die Einführung des EURO zum 1. 1. 1999 als **„strategischer Pygmäe“** bezeichnet (Spiegel, 24. 2. 1997) – beim EURO nämlich gar nicht recht machen. Entlarvend seine folgende Aussage:

„Wenn die Bedingungen stimmen und der Kreis der Teilnehmer vernünftig festgelegt wird, dann kann man das Wagnis mit dem EURO

zum 1. 1. 1999 eingehen. Wenn nicht, dann darf es nicht sein.“
(Spiegel, 24. 2. 1997)

Schröder spricht sogar noch von einem „**Wagnis mit dem EURO**“ für den Fall, daß die Bedingungen stimmen und der Kreis der Teilnehmer vernünftig festgelegt wird. Deutlicher kann er nicht mehr seinen Widerstand nicht darlegen.

Massiver Beifall vom rechten Rand ist Schröder und der SPD damit sicher. So heißt es in einer Pressemitteilung der „Republikaner“:

„Die Republikaner würden mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß inzwischen einzelne Politiker aus den Reihen der Alt-Parteien, wie etwa der niedersächsische Ministerpräsident Schröder, sich bereits von Maastricht absetzen würden.“ („Die Republikaner“, Pressemitteilung 01/97, 29. 1. 1997)

Unter dem Titel „**SPD chauvinistisch**“ gelangte die Berliner Zeitung zu dem Schluß: **„Die SPD versteht sich, sofern es um Europa geht, als eine Partei der Angstmacher, der Spießherren und Kleinbürger.“**
(Berliner Zeitung, 16. 7. 1997)

Auch wenn der SPD-Parteitag in Hannover den Raum für ewig Gestrige in der Europapolitik – wie Gerhard Schröder – eng gemacht hat, so sind die Angstmacher deshalb noch lange nicht eines Besseren belehrt.

Kein eindeutiges Bekenntnis zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank

Die SPD hat sich von der 1992 noch gemeinsam getragenen Resolution im Bundestag und Bundesrat verabschiedet, in der sich beide Staatsorgane verpflichteten, die Maastrichter Stabilitätskriterien „eng und strikt“ auszulegen. Im Beschluß ihres Bundesparteitages vom 2. bis 5. Dezember 1997 in Hannover heißt es (Seite 15):

„Die Bundesregierung interpretiert jedoch das Defizitkriterium nicht vertragsgerecht, indem sie den im Vertrag angelegten möglichen Spielraum nicht ausreichend ausschöpft.“

Nur die 1992 bei der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags von Bundestag und Bundesrat festgeschriebene enge und strikte Interpretation hat zu den eindrucksvollen Stabilitätserfolgen in der Fiskalpolitik in der EU geführt und wird damit den vertragsgemäßen Start der Währungsunion am 1. Januar 1999 als Stabilitätsgemeinschaft ermöglichen. Eine SPD-geführte Bundesregierung könnte durch laxe Interpretationen eine klare Schuldenbegrenzung in Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten vereiteln und damit auch die Stabilität des EURO selbst gefährden.

Bedenklich ist in dem Zusammenhang auch, daß SPD-Chef Lafontaine nicht für die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank eintritt, sondern ihr Wirken in den Zusammenhang mit einer Politik für soziale Gerechtigkeit stellt. Genau dies tut er, wenn er in seiner Parteitage Rede ausführt, daß

„die Europäische Notenbank einen Partner braucht. Die Notenbank allein kann nicht die Geldpolitik steuern, wenn sie nicht weiß, welche Wirtschafts- und Finanzpolitik auf der anderen Seite gemacht wird“.

(Presseservice der SPD, Rede Lafontaine, Hannover, 2. 12. 1997)

SPD gegen eine europäische Verteidigung

In einem Beschluß des Bonner SPD-Bundesparteitages vom 16. bis 17. November 1992 befürwortet die SPD deklaratorisch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, lehnt aber den Aufbau einer europäischen Verteidigung ab:

„Wir werden aber nicht die militärische Integration zum Katalysator des Einigungsprozesses machen. Deshalb werden wir die Pläne zum deutsch-französischen Korps beiseite legen und die Petersberg-Erklärung der WEU nicht ratifizieren.“

Erst jetzt, nachdem sogar die bündnisfreien Staaten der EU, Österreich, Schweden und Finnland sich bereiterklärt haben, die Petersberg-Aufgaben in den EU-Vertrag von Amsterdam zu integrieren, widerspricht die SPD nicht mehr offen dem Aufbau einer europäischen Verteidigung. Auch hier zeigt sich, daß wir Deutschen die rückständigsten Sozialdemokraten in Europa haben.

Die SPD hat in Europa nichts wesentliches bewegt, sondern sich meist darauf beschränkt, Sand ins Getriebe zu werfen. Das unter der SPD-geführten Bundesregierung gängige Stillstandswort von der „**Eurosklerose**“ verschwand erst mit dem Wechsel zur unionsgeführten Bundesregierung – dann aber schlagartig.